

Berliner Konjunktur bleibt schwach	193
Private Haushalte als Arbeitgeber bleiben be- schäftigungspolitisch von geringer Bedeutung —	
„Hausmädchenprivileg“ überflüssig	201

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/2001

Berlin

29. März 2001

68. Jahrgang

Berliner Konjunktur bleibt schwach

Im letzten Jahr hat die Wirtschaftsleistung in Berlin¹ zum ersten Mal nach längerer Zeit wieder zugenommen. Der Anstieg der gesamten Bruttowertschöpfung um real 1,5 % blieb allerdings weit hinter dem Wachstum in Deutschland zurück. Immerhin nahm erstmals seit dem Fall der Mauer die Beschäftigung nicht weiter ab, sondern stieg sogar leicht. Der Zuwachs war allerdings viel zu schwach, um eine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken.

In diesem Jahr bleibt die wirtschaftliche Entwicklung verhalten. Die allgemeine konjunkturelle Abschwächung macht sich auch in Berlin bemerkbar, vor allem in der Industrie. Des Weiteren werden sich die drastischen Sparmaßnahmen des Landes dämpfend auswirken. Dies bekommt insbesondere die Bauwirtschaft zu spüren, die ohnehin mit einer stark nachlassenden Nachfrage beim Wohnungsbau konfrontiert ist. Die Expansion in Teilen des Dienstleistungssektors kann diese Entwicklungen zwar ausgleichen, doch für einen kräftigen Aufschwung der Berliner Wirtschaft insgesamt reicht die Dynamik dieser Sektoren nicht aus. Zu erwarten ist, dass 2001 die Wirtschaftsleistung in Berlin das Vorjahresergebnis real nur um etwa 1½ % übertreffen wird. Die Beschäftigung nimmt dabei um ½ % zu.

Nach wie vor lässt sich der Wirtschaftsverlauf in Berlin nur unzureichend beschreiben. Vor allem mangelt es an Informationen über große Teile des Dienstleistungssektors — des Wirtschaftsbereichs, der in Berlin sehr stark an Bedeutung gewonnen hat. Zudem verlieren die amtlichen Statistiken zum Baugeschehen in Berlin immer mehr an Aussagekraft, da die Bautätigkeit auswärtiger Firmen, die hier einen großen Marktanteil haben, nicht hinreichend erfasst wird. Die Validität anderer Fachstatistiken lässt ebenfalls nach, weil die den Erhebungen zugrunde liegenden Betriebsdateien den methodischen Ansprüchen immer weniger gerecht werden. All das erschwert die Bestandsaufnahme wie auch die Kurzfristprognose des regionalen Wirtschaftsgeschehens:

Verarbeitendes Gewerbe

Das günstige konjunkturelle Umfeld im letzten Jahr strahlte auch auf das Berliner verarbeitende Gewerbe

aus. Allerdings entwickelte sich die Produktion nach den verfügbaren Informationen² längst nicht so gut wie im verarbeitenden Gewerbe der gesamten deutschen Wirtschaft. Insbesondere setzte der Aufschwung später als im übrigen Bundesgebiet ein. Erst im Sommer war die langjährige Talfahrt beendet, und zum Jahresende hin zog die

¹ Zur Berechnung der Wirtschaftsleistung für die Bundesländer vgl. Ausführungen in der Box.

² Die Konjunkturbeobachtung des verarbeitenden Gewerbes stützt sich üblicherweise auf die amtliche Monatsberichterstattung über diesen Wirtschaftszweig. Die Qualität dieser Statistik verliert im Falle Berlins in zunehmendem Maße an Aussagekraft, weil die Betriebsdatei, die den amtlichen Erhebungen zugrunde liegt, nicht mehr hinreichend gepflegt wird. Das hat zur Folge, dass Betriebe, die neu in den Erhebungskreis aufgenommen werden müssten (wie Neuansiedlungen oder Gründungen), verspätet oder gar nicht in die Datenerhebung einbezogen werden. Deshalb lassen die amtlichen Zahlen die Entwicklung der Berliner Wirtschaft in einem ungünstigeren Licht erscheinen, als sie tatsächlich ist. Sehr stark verzerren sie die Realität aber wohl nicht.

Gemäß dem Ende der neunziger Jahre in Deutschland eingeführten „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG95) wird die Bruttowertschöpfung nicht mehr zu Marktpreisen, sondern zu Herstellungspreisen berechnet. In den Herstellungspreisen sind Gütersteuern (wie Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Importabgaben) nicht enthalten. Das Bruttoinlandsprodukt wird dagegen weiterhin zu Marktpreisen ermittelt; hier werden die Gütersteuern zur bereinigten Bruttowertschöpfung hinzugezählt und die Subventionen von ihr abgezogen.

Die Bruttowertschöpfung eines Bundeslandes wird über die Leistung zu Herstellungspreisen der einzelnen Wirtschaftsbereiche in dem jeweiligen Land ermittelt. Bei der darauf aufbauenden Berechnung des Bruttoinlandsprodukts wird der für Deutschland insgesamt ermittelte Saldo von Gütersteuern abzüglich Subventionen entsprechend dem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung Deutschlands auf die einzelnen Länder verteilt. Ob dieses Verteilungsverfahren den tatsächlichen

Gegebenheiten und Entwicklungen in den einzelnen Ländern gerecht wird, ist zu bezweifeln.

Im Falle Berlins hat dies dazu geführt, dass wegen des hier unterdurchschnittlichen Wachstums der Bruttowertschöpfung der für 2000 zugeteilte Saldo von Gütersteuern abzüglich Subventionen um 400 Mill. DM (in Preisen von 1995) geringer war als der im Jahre 1999. Das sind 11 % jenes Betrages, um den der gesamtwirtschaftliche Saldo zurückging. Zum Vergleich: Berlin trägt nur zu knapp 4 % zur Wirtschaftsleistung in Deutschland bei. Deshalb kam es im Vergleich dieser beiden Jahre trotz der um real 1,5 % höheren Bruttowertschöpfung beim Bruttoinlandsprodukt nur zu einer Zunahme von 0,9 %.

Aufgrund des amtlichen Berechnungsverfahrens ergeben sich für wachstumsschwache Länder überdurchschnittlich große Unterschiede zwischen den Zuwachsraten von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt. Besser wäre es deshalb, die Bruttowertschöpfung als Indikator der Wirtschaftsentwicklung in den Ländern zu verwenden.

Produktion an. Dies führte jedoch nicht zu einer Aufstockung des Personalbestandes. Lediglich der Arbeitsplatzabbau verlangsamte sich immer mehr und kam zum Jahresende saisonbereinigt fast zum Stillstand. Nach wie vor gab es Betriebsabwanderungen insbesondere ins Umland der Stadt, denen nicht im gleichen Umfang Ansiedlungen gegenüberstanden.

Wie in der deutschen Industrie insgesamt kamen auch in Berlin die Impulse für das Produktionswachstum von einer kräftigen Zunahme der Exportaufträge (Abbildung 1). Dadurch wurde die Fertigung insbesondere bei den Herstellern von Investitionsgütern angekurbelt. Auch die Chemieindustrie konnte ihren Auslandsabsatz deutlich steigern. Ihr Bild wird in Berlin durch die Herstellung von Pharmazeutika und Körperpflege Mitteln geprägt, und sie ist hier mit einer Exportquote von 70 % der bei weitem exportintensivste Industriezweig. Weil allerdings die Berliner Industrie von ihrer Produktionsstruktur her wenig auf die Märkte im Ausland ausgerichtet ist, schlägt die kräftige Steigerung der Exporte nicht so stark bei der gesamten Wertschöpfung zu Buche wie allgemein in der deutschen Industrie.

Schwach blieb das Geschäft der Berliner Hersteller mit inländischen Kunden. Der Grund dafür dürfte die im Vergleich zur Auslandsnachfrage schwächere Binnenkonjunktur gewesen sein. Erst von der Jahresmitte an zeigte sich eine leichte Belebung. Deutlich beim Inlandsabsatz zulegen konnten nur wenige Industriezweige, z. B. Teile aus dem breiten Spektrum der Elektroindustrie sowie der Fahrzeugbau, bei dem in Berlin neben Schienenfahrzeugen und Motorrädern hauptsächlich Fahrzeugteile produziert werden. Wegen der kräftigen Ausweitung der Ausrü-

stungsinvestitionen in Deutschland insgesamt konnte der Maschinenbau beim Absatz im Inland ebenfalls Zuwächse verbuchen. Er ist die wichtigste von wenigen Branchen im Berliner verarbeitenden Gewerbe, die im letzten Jahr ihre Beschäftigung merklich aufgestockt haben. Andere Branchen hatten zum Teil kräftige Rückgänge beim Absatz an inländische Kunden zu verzeichnen. Dazu gehörten insbesondere Industriezweige, in denen baunahe Güter hergestellt werden, die wegen der extrem schwachen Baukonjunktur weniger nachgefragt wurden. In der Chemieindustrie ging der Inlandsabsatz ebenfalls deutlich zurück.

In den ersten Monaten dieses Jahres dürfte sich der Aufschwung in der Berliner Industrie fortgesetzt haben. Dafür spricht der deutliche Zuwachs bei den Auftragseingängen im vergangenen Jahr vom Sommer bis fast zum Jahresende. Infolgedessen waren, wie eine aktuelle Umfrage zeigt, bei vielen Unternehmen zu Beginn dieses Jahres die Auftragsbestände angeschwollen, und nicht wenige von ihnen produzieren derzeit an der Kapazitätsgrenze.³ Entscheidend für die Berliner Industrie ist aber, wie sich das allgemeine konjunkturelle Umfeld im weiteren Jahresverlauf entwickelt. Zu rechnen ist damit, dass das Exportwachstum an Schwung verliert. Die Inlandsnachfrage wird die Rolle des Wachstumsmotors nicht übernehmen. So gingen in der zweiten Hälfte des letzten Jahres in der Berliner Industrie die Auftragseingänge bei inländi-

³ Vgl. Arbeitskreis der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburg: Konjunkturreport 2000/2001. Die konjunkturelle Lage im Winter 2000 in der Region Berlin-Brandenburg und die Erwartungen für 2001, o.O., 2001.

schen Kunden stetig zurück, und eine nachhaltige Belebung ist unwahrscheinlich. Generell steigt in Deutschland die Nachfrage nach Industriegütern in diesem Jahr nicht stark, und von der regionalen Nachfrage werden eher dämpfende als stimulierende Effekte ausgehen. So dürften sich im Berliner Raum die anhaltenden Produktionseinschränkungen bei der Bauwirtschaft wiederum negativ auf Teile des hiesigen verarbeitenden Gewerbes auswirken.

Bauwirtschaft

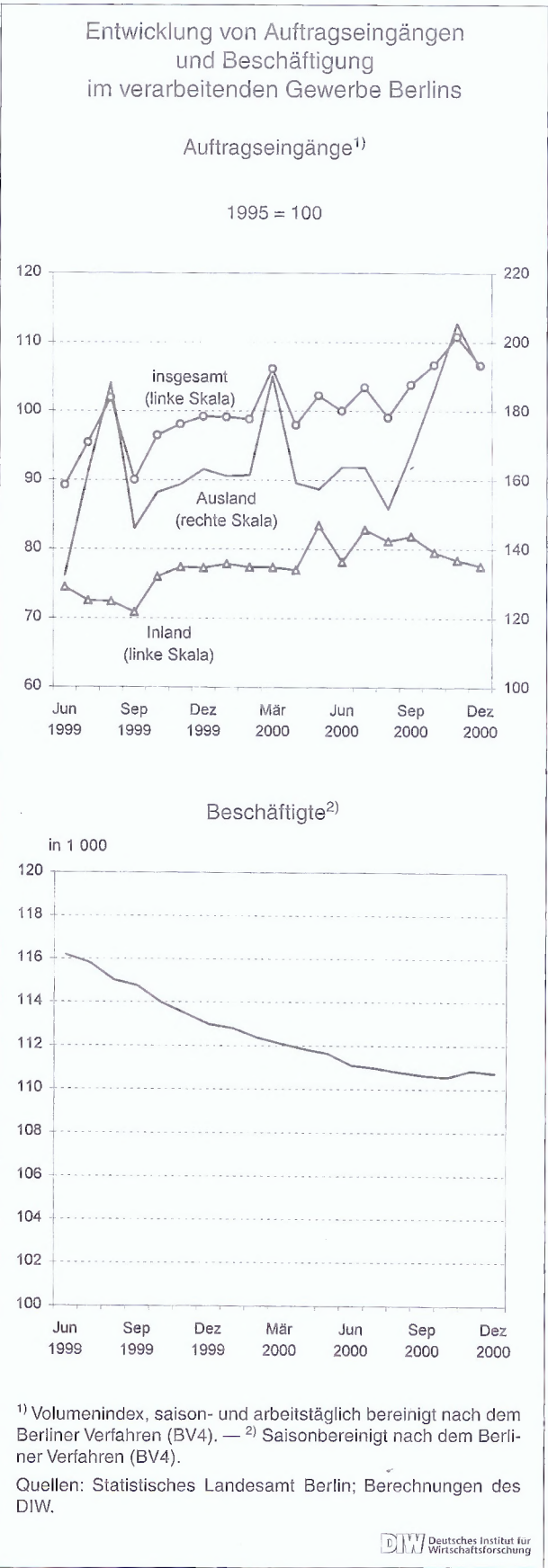
Die Bauproduktion in Berlin befindet sich weiter in einem Abwärtssog.⁴ Allerdings sind die Schätzungen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Nach den Angaben der amtlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) lag im Jahre 2000 die Bruttowertschöpfung der Bauwirtschaft real um 10 % unter dem Niveau vom Vorjahr; auf sie entfällt nur noch ein Zwanzigstel der Wirtschaftsleistung Berlins. Andere Schätzungen, die auf Berechnungen des Bauvolumens basieren, kommen zwar auf einen geringeren, aber ebenfalls sehr kräftigen Produktionsrückgang im Jahresvergleich.⁵ Der zuvor schon starke Wettbewerb, der oft mit unfairen Mitteln ausgetragen wird (Schwarzarbeit und Entlohnung unterhalb der geltenden Mindestlöhne), hat sich weiter verschärft. Deshalb haben sich die Bauleistungen nochmals verbilligt; im Jahresdurchschnitt 2000 lagen die Preise um reichlich 2 % unter dem Niveau von 1999. In Deutschland insgesamt gab es dagegen einen leichten Anstieg.

Besonders kräftig hat die in Berlin ansässige Bauwirtschaft im letzten Jahr ihre Produktion einschränken müssen. Nicht wenige Betriebe, vor allem solche aus den westlichen Bezirken der Stadt, haben verstärkt auf zumeist auswärtige Subunternehmer zurückgegriffen — vor allem um Lohnkostenvorteile zu nutzen. Die Verringerung der Fertigungstiefe hat den Arbeitsplatzabbau in der Berliner Bauwirtschaft beschleunigt. So waren im letzten Jahr

⁴ Nach dem Konzept der VGR bemisst sich die Wertschöpfung eines Wirtschaftszweiges in einer Region an der dort erbrachten Leistung von Betrieben dieses Wirtschaftszweiges, seien es Betriebe mit Sitz in der Region oder regionsfremde Betriebe. Im Falle der Industrie lässt sie sich recht einfach messen, denn die Industrie produziert zum größten Teil ortsgebunden. Unternehmen der Bauwirtschaft erbringen dagegen in immer stärkerem Maße Leistungen weit entfernt von ihrem Sitz. Die einschlägigen statistischen Erhebungskonzepte werden dieser zunehmenden Mobilität immer weniger gerecht. Gerade im Falle Berlins erweisen sich die gebräuchlichen Verfahren als wenig tauglich, denn auf die auswärtigen Betriebe entfällt ein großer Teil der hier erbrachten Bauleistung.

⁵ Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung schätzt, dass das Bauvolumen im Jahre 2000 nominal um 8 % geringer war als im Jahr zuvor; preisbereinigt ergibt sich ein Rückgang von 6 %. Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. kommt beim Jahresvergleich auf eine Produktionseinschränkung von nominal 6 %.

Abbildung 1



die Zahl der Beschäftigten im Berliner Bauhauptgewerbe⁶ um 11 %, die der auf den Baustellen geleisteten Arbeitsstunden um 15 % geringer als 1999; der Umsatz, in dem auch an Nachunternehmer vergebene Teilleistungen enthalten sind, nahm indes mit 8 % nicht so stark ab.

Der Abbau des gewerblichen Personals und die Einschränkung der Produktion der Betriebe des Bauhauptgewerbes mit Sitz in Berlin beschleunigte sich im zweiten Halbjahr 2000. Nach den Daten der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes⁷ ging die Beschäftigung von etwas mehr als 23 000 Personen am Jahresanfang auf knapp 22 000 zur Jahresmitte zurück. Im Sommer — sonst der Höhepunkt der Bausaison — setzte dann ein drastischer Personalabbau ein, und am Jahresende belief sich die Beschäftigtenzahl auf nur noch etwa 19 500. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Berliner Ausbaugewerbe. Die Entwicklung von Beschäftigung und Produktion folgte also nicht mehr dem in der Baubranche üblichen saisonalen Muster; auch dies verdeutlicht, dass die Bauwirtschaft in einer tiefen Krise steckt.

Der Abwärtssog wird 2001 anhalten. Lediglich bei der Errichtung von Gewerbegebäuden ist eine Belebung der Nachfrage erkennbar; für alle anderen Baubereiche signalisieren die Auftragsbestände der Unternehmen in Berlin am Jahresende 2000 weitere drastische Produktionseinschränkungen. Das gilt sowohl für den schon im letzten Jahr nur noch sehr schwachen Wohnungsbau als auch für die Baumaßnahmen öffentlicher Auftraggeber vor allem im Hochbau. Zum einen machen sich hier die immer größeren Baufortschritte bei der Errichtung und der Sanierung der Bauten von Bundesregierung, Parlament und Ländervertretungen bemerkbar, zum anderen die kräftige Reduzierung der Investitionsausgaben des Landes Berlin. Nach den Haushaltsansätzen sollen in diesem Jahr die direkten Sachinvestitionen und die investitionswirksamen Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen und Unternehmen in der Summe um ein Fünftel geringer ausfallen als 2000. Die Kürzung der Bauinvestitionen beläuft sich auf eine halbe Milliarde DM; dieser Betrag entspricht reichlich 2 % des letztjährigen Bauvolumens in Berlin. In welchem Maße die kräftig reduzierten Haushaltsansätze überhaupt noch in diesem Jahr in Bauinvestitionen umgesetzt werden, hängt erheblich von der Dauer der jüngst verhängten Haushaltssperre ab.

Handel und Dienstleistungen

Der Geschäftsverlauf beim Einzelhandel folgt zu einem großen Teil dem privaten Konsum, der wiederum wesentlich von der Einkommensentwicklung bestimmt wird. Die Einkommen sind im vergangenen Jahr in Berlin schwächer als im Bundesdurchschnitt gestiegen. Denn die Beschäftigung hat in Berlin weniger zugenommen, und die Lohnzuwächse der Erwerbstätigen hielten sich wegen

des in der Stadt großen Gewichts des Staatssektors, für den nur geringe Tarifierhöhungen vereinbart worden waren, in engen Grenzen. Ebenfalls nur geringfügig gestiegen sind die Ruhestandsbezüge. Positiv bemerkbar gemacht haben sich dagegen die Erhöhung des Kindergeldes und Änderungen bei der Einkommensteuer Anfang letzten Jahres.⁸

In den ersten zwei Quartalen 2000 konnte der Einzelhandel noch reale Umsatzzuwächse verbuchen (+2 % bzw. +3,8 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum). In der zweiten Jahreshälfte gingen die Umsätze wieder zurück, besonders stark beim Handel mit langlebigen Konsumgütern wie Möbeln und Elektrogeräten. Das ist vor allem auf den starken Anstieg der Energiepreise zurückzuführen, der in erheblichem Maße Kaufkraft entzog. Nach den Angaben der amtlichen Fachstatistik waren die Umsätze im Berliner Einzelhandel im letzten Jahr real um 0,2 % geringer als 1999, die Zahl der Beschäftigten sank im Jahresvergleich um 4,7 %. Allerdings dürfte diese Statistik die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig immer mehr unterzeichnen.⁹ So ist anzunehmen, dass der Berliner Einzelhandel das Ergebnis von 1999 übertroffen hat, wenn auch nur geringfügig.

Für dieses Jahr ist keine Besserung zu erwarten. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hellt sich nicht auf, und der Lohnanstieg bleibt sehr verhalten. Zwar erhöhen sich wegen der Senkung des Einkommensteuertarifs zu Jahresbeginn und der Anhebung der Ruhestandsbezüge zur Jahresmitte die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, doch wirkt die Teuerung insbesondere bei den Energiekosten weiterhin kaufkraftmindernd. So enthalten die in diesen Monaten anstehenden Heizkostenabrechnungen erhebliche Nachzahlungsforderungen. In Berlin kommt dies besonders stark zum Tragen, denn hier leben

⁶ Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (Monatsberichts-kreis).

⁷ Bei dieser Einrichtung sind im Wesentlichen gewerbliche Arbeitnehmer in Betrieben mit Sitz in Berlin gemeldet, die in der Regel zum Bauhauptgewerbe zählen.

⁸ Nachfragemindernd wirkt sich der Bevölkerungsrückgang in Berlin aus. Er hat aber zum Ende der neunziger Jahre immer mehr nachgelassen, und im Jahre 2000 ist er fast zum Stillstand gekommen. Ein früher den Berliner Einzelhandel belastender Faktor, der Kaufkraftabfluss ins Berliner Umland, dürfte ebenfalls kaum noch von Bedeutung sein.

⁹ Die amtlichen Angaben sind die Ergebnisse von monatlichen Umfragen bei einer Stichprobe des Berliner Einzelhandels. Die Stichprobenziehung erfolgte auf einer in der ersten Hälfte der neunziger Jahre ermittelten Grundgesamtheit. Zwar wird der Befragtenkreis immer wieder durch neue Unternehmen — sofern sie ermittelt werden — ergänzt, doch ist diese Methode unzureichend. Angesichts der Eröffnung zahlreicher Einkaufszentren und Einzelgeschäfte, insbesondere in den östlichen Bezirken Berlins, dürfte die amtliche Statistik mit den ihr zur Verfügung stehenden Verfahren in den letzten Jahren immer stärker die tatsächliche Entwicklung unterzeichnet haben. Notwendig wäre deshalb alsbald eine Großzählung.

fast 90 % aller Haushalte in Mietwohnungen — bundesweit sind es knapp 60 %.¹⁰

Blendend konnte sich dagegen im letzten Jahr das Tourismusgewerbe entwickeln — ein in Berlin durchaus gewichtiger Wirtschaftszweig. Die Zahl der Übernachtungen¹¹ war 2000 um ein Fünftel höher als im Jahr zuvor; die Zahl der Beschäftigten im Beherbergungsgewerbe dürfte um 8 % zugenommen haben. Trotz Erhöhung des Angebots an Übernachtungsmöglichkeiten nahm die Kapazitätsauslastung deutlich zu. Gegen Jahresende ließen allerdings die Expansionskräfte merklich nach. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte aber die Anziehungskraft der Stadt auf Touristen wieder zunehmen — insbesondere im Zusammenhang mit größeren Veranstaltungen (Preußenjahr, Bundesgartenschau in Potsdam).

Trotz des Tourismusbooms musste das Berliner Gaststättengewerbe im letzten Jahr deutliche Umsatzrückgänge hinnehmen, und die Beschäftigung wurde erheblich reduziert.¹² Damit hat sich ein schon mehrere Jahre andauernder Trend fortgesetzt, wobei die unbefriedigende Entwicklung der verfügbaren Einkommen der Bevölkerung in Berlin eine große Rolle spielt. Eine Belebung ist deshalb auch für dieses Jahr nicht zu erwarten.

Nach den nur bruchstückhaft vorliegenden Informationen konnte das Verkehrsgewerbe im Jahre 2000 kräftig expandieren. Bei den beiden in Berlin gelegenen Flughäfen war die Zahl der Fluggäste insgesamt um reichlich 6 % höher als im Jahr zuvor; beim Frachtaufkommen war es sogar ein Sechstel mehr. Ebenfalls deutlich zugenommen hat der öffentliche Personennahverkehr; so kamen die Berliner Verkehrs-Betriebe im Jahre 2000 auf eine im Vergleich zum Vorjahr um 15 % höhere Zahl beförderter Personen. Beim Straßengüterverkehr war die Entwicklung längst nicht so günstig; nach den verfügbaren Informationen haben Frachtaufkommen und Kapazitätsauslastung erst Ende letzten Jahres etwas angezogen.¹³ Auch in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung des Verkehrsgewerbes zunehmen, in einigen seiner Sparten — etwa der Personenbeförderung — wohl sogar mit hohen Raten. Weiter auf Expansion stehen die Zeichen bei der Nachrichtenübermittlung. Dieser Wirtschaftszweig konnte im letzten Jahr die reale Wertschöpfung gegenüber 1999 um 8 % steigern, und im Zuge der weiteren Verbreitung moderner Fernmeldedienste dürfte auch in Berlin die Telekommunikationsbranche daran teilhaben.

Zum übrigen Bereich der privaten Dienstleistungen gibt es nur wenige für eine Konjunktüreinschätzung nutzbare Informationsquellen. Nach der Beschäftigtenstatistik haben die Kreditinstitute und Versicherungen im Verlauf des Jahres 2000 ihren Personalbestand nur wenig aufgestockt. Auch die Wirtschaftsleistung hat bei den Finanzdienstleistern im letzten Jahr nicht mehr so stark wie 1999 zugenommen. In anderen Teilen des Sektors der von Privaten angebotenen Dienstleistungen kam es dagegen zu einer kräftigen Ausweitung, dies ist den Angaben der Beschäftigungs-

Eintragungen und Löschungen im Handelsregister bei Unternehmen ausgewählter Dienstleistungszweige in Berlin 1999 und 2000

	Datenverarbeitung, Datenbanken	Forschung und Entwicklung	Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Kultur, Sport, Unterhaltung
Eintragungen				
1999	235	44	1 376	154
2000	363	64	2 054	219
Löschungen				
1999	42	15	480	65
2000	53	17	572	98
Saldo (Eintragungen abzgl. Löschungen)				
1999	193	29	896	89
2000	310	47	1 482	121

Quelle: Industrie- und Handelskammer zu Berlin.

statistik zufolge im zweiten Halbjahr noch beschleunigt hat. Zum Wachstum trägt in erheblichem Umfang das rege Gründungsgeschehen bei. Insbesondere im Bereich wissensintensiver und anderer unternehmensnaher Dienstleistungen drängen in Berlin in stark zunehmendem Maße neue Unternehmen auf den Markt (Tabelle). Dies war im letzten Jahr auch bei den privaten Dienstleistungen im Bereich Medien und Kultur zu beobachten.

Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt bleibt stark angespannt. Ende Februar waren in Berlin 276 000 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 16,5 %¹⁴; sie war damit mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (8 %) und kaum geringer als im Durchschnitt der neuen Bundesländer (18,9 %). Im Städtevergleich steht Berlin schlechter da als alle großen Städte in den alten Bundesländern, im Vergleich mit Ostdeutschland nimmt die Stadt eine mittlere Position ein.

¹⁰ Ergebnis der amtlichen gebäude- und wohnungsstatistischen Erhebung von 1998.

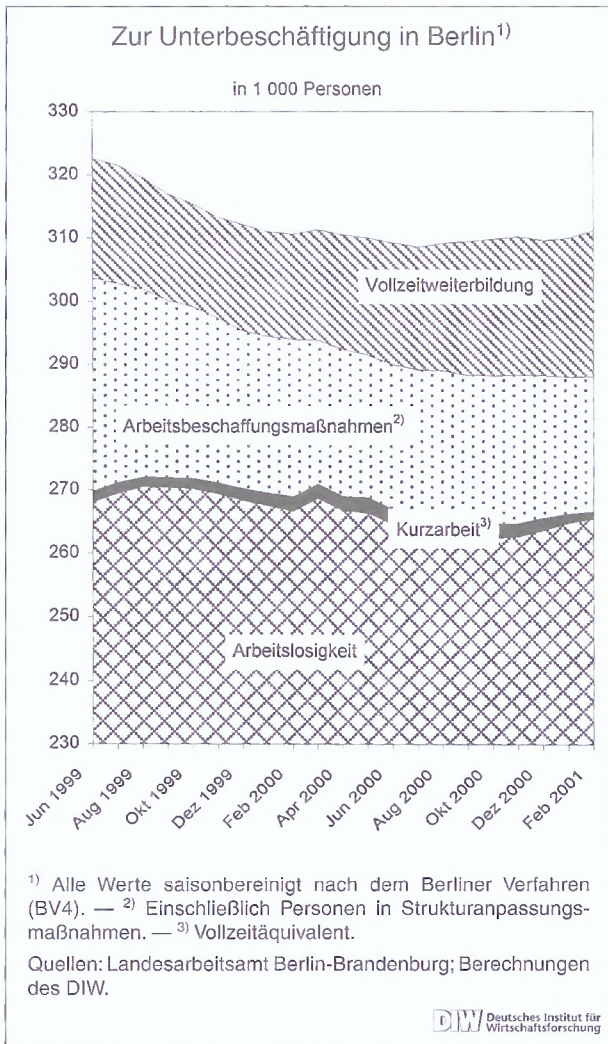
¹¹ In Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten.

¹² Das Statistische Landesamt Berlin weist für 2000 einen um fast 8 % geringeren Umsatz und eine um 9 % niedrigere Beschäftigtenzahl als im Jahre 1999 aus. Es ist aber zu bezweifeln, dass der Rückgang so stark war, denn die monatliche Erhebung im Gastgewerbe wird mit demselben Verfahren durchgeführt wie die im Einzelhandel und ist so mit denselben methodischen Problemen behaftet (vgl. Fußnote 9).

¹³ Vgl. Arbeitskreis der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburg, a. a. O., S.10.

¹⁴ Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Abbildung 2



Zwar setzte sich in Berlin im Verlauf des letzten Jahres zunächst der seit Herbst 1998 zu beobachtende Rückgang bei der saisonbereinigten Zahl der Arbeitslosen fort, doch nimmt diese seit Oktober wieder zu (Abbildung 2). Die Arbeitslosenstatistik zeigt indes nicht das gesamte Ausmaß der Unterbeschäftigung. Mindestens hinzuzuzählen sind die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Im Arbeitslosenbestand Berlins zeigen sich nach wie vor starke strukturelle Veränderungen. So ist auch im Jahre 2000 der Anteil der Arbeitslosen ohne Berufsausbildung gestiegen; der Anteil der beruflich Qualifizierten unter den Arbeitslosen hat dagegen weiter abgenommen — und zwar mit deutlich erhöhtem Tempo.¹⁵ Die Zahl der Arbeitslosen mit einer betrieblichen Ausbildung nahm um 5 % ab; doppelt so groß war der Rückgang bei den Arbeitslosen mit einer Fachhochschul- oder Universitätsausbildung. In dieser Entwicklung spiegelt sich vor allem der rasche Strukturwandel der Berliner Wirtschaft mit der

Tendenz zu gemeinhin als „höherwertig“ bezeichneten wirtschaftlichen Aktivitäten insbesondere im Dienstleistungssektor.

Die Folgen des in den letzten Jahren unzureichenden Wirtschaftswachstums in Berlin haben offenkundig vor allem die jüngeren Erwerbspersonen zu tragen, denn die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat auch im letzten Jahr weiter zugenommen. Besonders stark war der Anstieg bei den Personen im Alter von 20 bis 25 Jahren; diese Altersgruppe weist eine deutlich über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote auf (Ende Februar 2001: 20 %). Ohne das Sonderprogramm des Bundes, an dem aktuell 6 000 Personen in Berlin teilnehmen, wäre die Jugendarbeitslosigkeit noch erheblich größer.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin hat im letzten Jahr zugenommen. Der Anstieg war zwar nach den ersten amtlichen Schätzungen der VGR mit 0,5 % nicht sehr groß — aber immerhin war 2000 das erste Jahr nach dem Fall der Mauer, in dem in der Stadt nicht mehr Arbeitsplätze verloren gingen als neue geschaffen wurden. Nach den vorläufigen Daten der Beschäftigungsstatistik war der Zuwachs an Arbeitsplätzen sogar größer als 0,5 %, aber diese Statistik ist ebenso wie die jüngsten VGR-Zahlen mit einigen Unsicherheiten behaftet.¹⁶

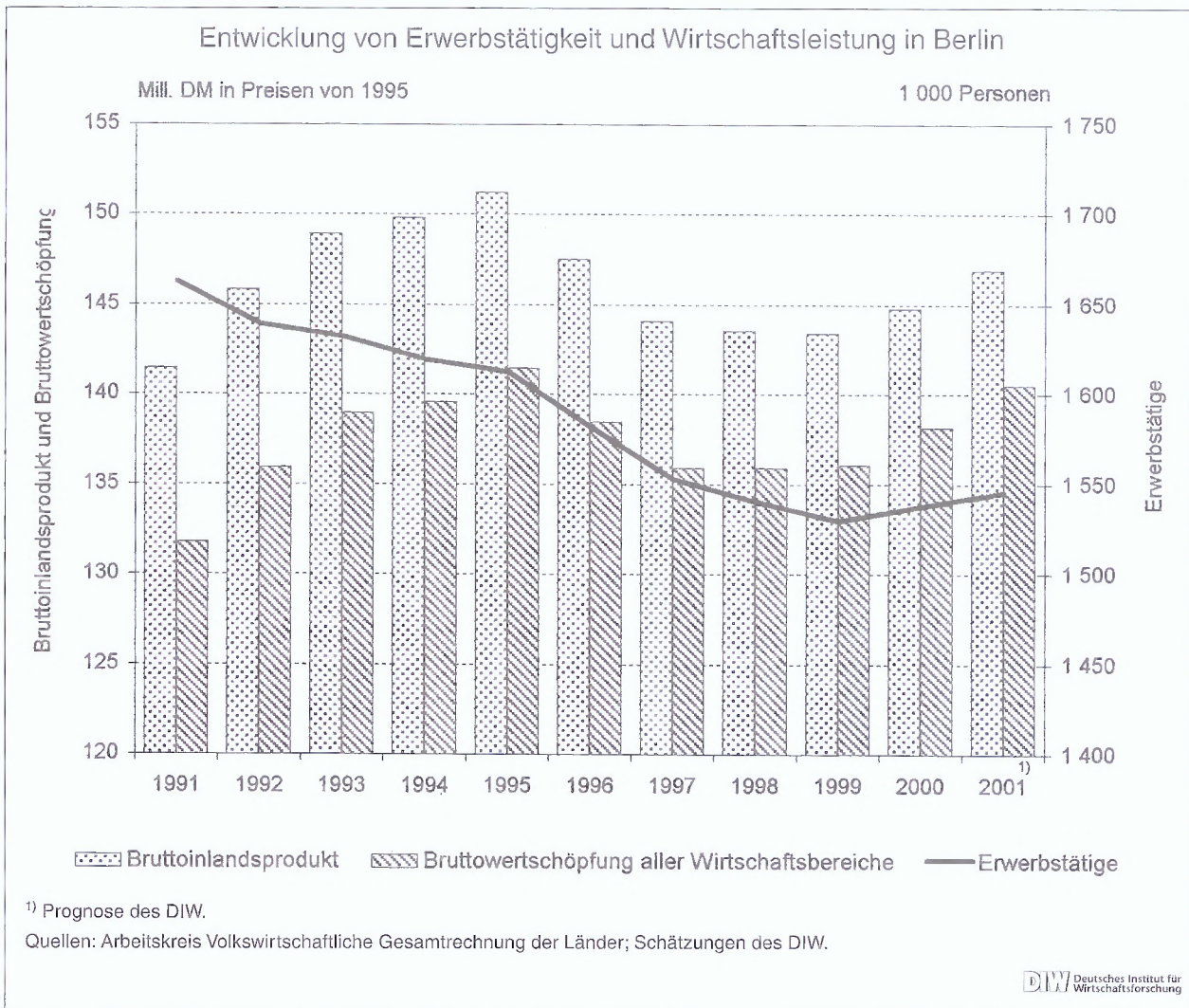
Mit der Beschäftigungsausweitung geht ein Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials einher. So hat Berlin Wanderungsgewinne gegenüber den alten Bundesländern zu verzeichnen. Gegenüber den neuen Bundesländern ergibt sich zwar ein Wanderungsverlust. Dabei schlägt aber die Abwanderung ins Berliner Umland stark zu Buche, und in den meisten Fällen dürften die Erwerbstätigen, die in die Vororte ziehen, weiterhin einer Beschäftigung in Berlin nachgehen.¹⁷ Ohne die Stadt-Umland-Wanderungen, die allerdings in den letzten Jahren immer mehr abgenommen haben, hätte Berlin einen Wanderungsgewinn gegenüber den neuen Bundesländern.

¹⁵ Ergebnisse der amtlichen Sonderuntersuchung des Arbeitslosenbestandes jeweils im September eines Jahres.

¹⁶ Die zeitnah verfügbaren Daten aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten basieren auf einer Stichprobe aus diesem Zahlenwerk; sie unterliegen deshalb den bei Stichprobenerhebungen üblichen Fehlertoleranzen. Zudem ist seit 1998 durch eine Umstellung des Meldeverfahrens nicht mehr gewährleistet, dass die gemeldeten Stichprobendaten sich auf den Zeitpunkt der Meldung beziehen. Dadurch können sich erhebungstechnisch bedingte Schwankungen in den berechneten Zeitreihen ergeben.

¹⁷ Bei der Betrachtung der Wanderungsbewegungen im Berliner Raum und deren Folgen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Stadt sind weitere Aspekte zu berücksichtigen. So entlasten hier jene Erwerbstätigen den Arbeitsmarkt, die in Berlin wohnen und im Umland der Stadt eine Beschäftigung aufgenommen haben. Deren Zahl dürfte nur noch wenig zunehmen. In der Vergangenheit ist sie vor allem deshalb gewachsen, weil Betriebe von Berlin ins Umland verlagert wurden und im Berliner Umland zahlreiche neue Betriebe entstanden.

Abbildung 3



In diesem Jahr dürfte die Beschäftigung in Berlin wiederum nur geringfügig zunehmen, die Unterbeschäftigung bleibt damit hoch. Dabei dürfte sich der Selektionsprozess auf dem Arbeitsmarkt zu Lasten der beruflich weniger qualifizierten Arbeitskräfte fortsetzen. Denn im Zuge des in Berlin immer noch vergleichsweise raschen wirtschaftlichen Strukturwandels und in Anbetracht der nur schwachen Steigerung der Wirtschaftsleistung ergeben sich im Wesentlichen nur für gut qualifizierte Arbeitskräfte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Fazit

Stärker als andernorts prägt in Berlin der wirtschaftliche Strukturwandel das konjunkturelle Geschehen. So stand im letzten Jahr dem wiederum starken Wachstum bei neuen, hochproduktiven Dienstleistungsaktivitäten eine nur sehr verhaltene Leistungsausweitung der Indus-

trie gegenüber. Für wissensintensive Dienstleistungen bietet Berlin mit seinem breiten Angebot an Forschung, akademischer Ausbildung und Kultur günstige Standortbedingungen. Positiv wirkt sich zudem aus, dass Berlin durch seine Funktion als Regierungssitz stärker ins nationale und internationale öffentliche Interesse gerückt ist.

Die Entwicklung der Berliner wie auch der gesamten ostdeutschen Bauwirtschaft ist dagegen nicht nur Ausdruck des üblichen Strukturwandels, sondern vor allem Teil des Transformationsprozesses infolge der deutschen Vereinigung. Nach dem Bauboom mit seinem Zenit im Jahre 1996 kam es zu einer rasanten Talfahrt. Ein Ende der Krise ist noch nicht abzusehen. Nach wie vor macht sich bemerkbar, dass während des Booms ein der Nachfrage weit vorausseilendes Angebot an Immobilien auf den Markt kam.

Aktuell schlägt vor allem die Reduzierung der Investitionsbudgets der öffentlichen Hand zu Buche. Angesichts

leerer Kassen hat Berlin wie die meisten ostdeutschen Gebietskörperschaften vorrangig dieses bequeme Mittel gewählt, um die Ausgaben zu verringern. Außer von den Einsparungen bei den Investitionen gehen vom weiteren Personalabbau beim Land Berlin und seinen Unternehmen erhebliche, die Konjunktur in der Region dämpfende Effekte aus.

All diese Entwicklungen zusammengekommen, wird der Anstieg der Wirtschaftsleistung in Berlin auch im Jahre 2001 deutlich hinter dem in der gesamten Volkswirtschaft zurückbleiben. Erwartet wird, dass die Bruttowertschöpfung real um 1½ % höher sein wird als im Jahr zuvor (Abbildung 3). Zu einer Belebung auf dem Arbeitsmarkt kann es deshalb nicht kommen.

Private Haushalte als Arbeitgeber bleiben beschäftigungspolitisch von geringer Bedeutung

„Hausmädchenprivileg“ überflüssig

Auf privaten Haushalten ruhen vielfach große Hoffnungen im Hinblick auf die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten.¹ Politische Reformvorhaben wie die Einführung von Haushaltsschecks² zielten sowohl auf die Stimulierung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten als auch auf die „Legalisierung“ bereits bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Die im Bericht³ veröffentlichten Daten über den Umfang und die Entwicklung von personenbezogenen Dienstleistungen in Privathaushalten zeigen, dass beschäftigungsstimulierende Effekte bisher ausgeblieben sind. Vermutlich hat die Regelung in hohem Maße zu Mitnahmeeffekten bei gut verdienenden Haushalten geführt. Deshalb ist die Abschaffung des „steuerlichen Hausmädchenprivilegs“ ins Auge zu fassen. Die Schaffung größerer Transparenz über die vermeintlich hohen Grenzsteuerbelastungen bei Mehrverdienerhaushalten, die sich für die Lohnsteuerklassenkombination III/V entschieden haben, könnte ein erster Schritt aus der Schattenwirtschaft sein.

Der Privathaushalt als Arbeitgeber

... in der amtlichen Statistik

In der Bundesrepublik Deutschland ist die statistische Erfassung von Beschäftigungsverhältnissen in Betrieben und Unternehmen recht umfassend und vollständig. Dies soll nicht über bestehende Mängel in Teilbereichen hinwegtäuschen, wie die Schwierigkeiten bei der Messung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, die wiederholte Aufdeckung illegaler Beschäftigung in einigen Branchen (wie dem Baugewerbe) oder die Debatten um die Scheinselbstständigen belegen.⁴ Die Untererfassung der Beschäftigungsverhältnisse ist bei privaten Haushalten besonders ausgeprägt.

Grundsätzlich sind private Haushalte als Arbeitgeber dazu verpflichtet, auch geringfügig beschäftigte Putz- und Haushaltshilfen bei der gesetzlichen Unfallversicherung anzumelden, sofern diese nicht als Honorarkräfte selbstständig tätig sind. Bis zum 1. April 1999 waren Privathaushalte nicht verpflichtet, Sozialversicherungsbeiträge bei Monatseinkommen unter 630 DM abzuführen. Nach der Reform der geringfügigen Beschäftigung⁵ müssen in diesen Fällen Pauschalbeiträge zur Renten- und Krankenversicherung entrichtet werden. Dazu benötigen die privaten Haushalte wie andere Arbeitgeber eine Betriebsnummer. Diese muss beim zuständigen Arbeitsamt beantragt werden. Das Haushaltsscheck-Verfahren (vgl. Box) bietet den Privathaushalten eine stark vereinfachte Form, die Melde- und Beitragspflichten als Arbeitgeber zu erfüllen.⁶

Sonderauswertungen der Beschäftigtenstatistik zeigen allerdings, dass 1999 bundesweit lediglich gut 38 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen privaten Haushalt als Arbeitgeber hatten (Tabelle 1).⁷

Im Jahresdurchschnitt 1999 wurde nur in rund 5 000 Fällen eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausge-

übt, bei denen das Haushaltsscheck-Verfahren zur Anwendung kam. Dies entspricht rund 13 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in privaten Haushalten. Die seit 1997 erweiterten steuerlichen Anreize zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse⁸ konnten in privaten Haushalten⁹ offenkundig zu keiner nennenswerten Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beitragen.

¹ Vgl. Abschnitt I (7) des Koalitionsvertrages vom 20. Oktober 1998. http://www.bundesregierung.de/top/dokument/Schwerpunkte/Koalitionsvertrag/ix431_7615.html

² So wurden mit dem Jahressteuergesetz 1997 noch von der christlich-liberalen Regierungskoalition die Rahmenbedingungen für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Privathaushalten erheblich verbessert. Es wurde der maximale Absetzbetrag der Ausgaben für die Beschäftigung von Haushaltshilfen auf jährlich 18 000 DM erhöht und auf alle Haushalte ausgedehnt.

³ Der Bericht basiert auf einem Zwischenbericht des DIW Berlin für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Rahmen des Forschungsvorhabens: „Besteht in Deutschland eine Dienstleistungslücke und ein Nachholbedarf an Dienstleistungen“, Berlin 2000, S. 19–26.

⁴ Vgl. zu einem Überblick Jürgen Schupp et al. (Hrsg.), Arbeitsmarktstatistik zwischen Realität und Fiktion. Berlin 1998 sowie Berndt Keller und Hartmut Seifert (Hrsg.), Atypische Beschäftigung, Köln 1995.

⁵ Vgl.: Die Reform der 620-Mark-Jobs: Stückwerk. Bearb.: Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/98, S. 873–877.

⁶ Vgl. zu den Zielen die Pressemitteilungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 7.1.1997.

⁷ Überwiegend Frauen üben solche sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen in privaten Haushalten aus.

⁸ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Knut Emmerich: Wege zu mehr Beschäftigung – Wann rechnet sich die Haushaltshilfe? IAB-Kurzbericht Nr. 4/1997.

⁹ Eine andere Situation – auch statistisch gesehen – besteht in solchen Fällen, wenn die Arbeitgeber von Putz- und Haushaltshilfen selbst Unternehmer oder freiberuflich Tätige sind, die von der Möglichkeit Gebrauch machen, die (Fortsetzung siehe S. 202)

Haushaltsscheck-Verfahren

Eine große Hürde für die Begründung eines neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses ist die Fülle von Pflichten, die normalerweise im Zusammenhang mit den Sozialversicherungsabgaben zu erfüllen sind. Zur Vereinfachung nehmen seit 1997 die Krankenkassen den privaten Arbeitgebern einen Großteil der Arbeit durch das so genannte Haushaltsscheck-Verfahren ab. Beträgt der monatliche Bruttolohn nicht mehr als 1 500 DM, so kann der Privathaushalt der Krankenkasse eine Ermächtigung zum Einzug der Sozialversicherungsbeiträge erteilen. Zwar wird dem Privathaushalt nach diesem Verfahren der gesamte Beitrag zur Sozialversicherung (43 % einschließlich Umlagen für Krankheit und Mutterschutz sowie Unfallversicherung) in Rechnung gestellt. Dafür ist er aber von sämtlichen weiteren Verpflichtungen als Arbeitgeber (Meldungen bei der Rentenversicherung, Anmeldung bei der gesetz-

lichen Unfallversicherung, Berechnung der Beiträge zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie Berechnungen und ggf. Weiterleitung der Umlagebeiträge zur Lohnfortzahlung/ Mutterschutz) befreit.

Bestand das gesamte Jahr über ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis mit einer Haushaltshilfe, so können gemäß § 10 Absatz 1(8) EStG Aufwendungen bis zu maximal 18 000 DM steuerlich abgesetzt werden. Beim Haushaltsscheck-Verfahren bekommt der Arbeitgeber automatisch am Jahresende oder bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Bescheinigung, auf welcher der gesamte steuerlich abzugsfähige Betrag für das Finanzamt bescheinigt wird. Wie bei steuerlichen Vergünstigungen üblich, gilt auch hier, dass bei höheren Einkommen der Haushalte und damit höheren Steuersätzen die Steuerersparnis entsprechend höher ist.

Es ist anzunehmen, dass die Mehrzahl der Personen in Privathaushalten sozialversicherungsfrei beschäftigt ist, sei es in Form des kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisses, der selbständigen Honorarkraft oder der Schwarzarbeit. Für die statistische Erfassung kommt als amtliche

(Fortsetzung von S. 201) Haushaltshilfen in ihrem Unternehmen zu beschäftigen und somit auch dort statistisch erfassen zu lassen. Eine solche Situation würde weniger die Gesamthöhe der Beschäftigung einer Volkswirtschaft unterschätzen, jedoch wäre die Beschäftigungsintensität einzelner Sektoren verzerrt.

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in privaten Haushalten¹⁾

Bestand am Ende des Quartals	Alle Beschäftigten			davon mit Haushaltsscheckverfahren ²⁾			Anteil der nach dem Haushaltsscheck-Verfahren Beschäftigten in privaten Haushalten		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Bestand						in %		
1997 I	33 818	3 889	29 929	553	51	502	1,6	1,3	1,7
II	34 159	3 853	30 306	1 387	123	1 264	4,1	3,2	4,2
III	35 127	3 985	31 142	2 354	177	2 177	6,7	4,4	7,0
IV	35 221	3 780	31 441	2 976	216	2 760	8,4	5,7	8,8
Jahresdurchschnitt ³⁾	34 581	3 877	30 705	1 818	142	1 676	5,3	3,7	5,5
1998 I	36 322	3 888	32 434	3 863	262	3 601	10,6	6,7	11,1
II	36 859	4 051	32 808	4 284	283	4 001	11,6	7,0	12,2
III	37 744	4 182	33 562	4 804	304	4 500	12,7	7,3	13,4
IV	38 148	4 173	33 975	5 084	315	4 769	13,3	7,5	14,0
Jahresdurchschnitt ³⁾	37 268	4 074	33 195	4 509	291	4 218	12,1	7,1	12,7
1999 I	38 041	4 102	33 939	5 227	314	4 913	13,7	7,7	14,5
II	37 949	4 781	33 168	4 879	305	4 574	12,9	6,4	13,8
III	39 090	4 982	34 108	5 108	303	4 805	13,1	6,1	14,1
IV	38 109	4 801	33 308	4 967	296	4 671	13,0	6,2	14,0
Jahresdurchschnitt ³⁾	38 297	4 667	33 631	5 045	305	4 741	13,2	6,5	14,1
Veränderung im Jahresdurchschnitt ³⁾ 1997–1999	3 716	790	2 926	3 228	163	3 065	x	x	x

¹⁾ In der Wirtschaftsklasse 900. — ²⁾ Tätigkeitsschlüssel 924. — ³⁾ Mittelwert der Quartalsmeldungen.

Quellen: Sonderauswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

Datenbasis nach wie vor lediglich der Mikrozensus (MZ) infrage.¹⁰ Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der MZ nur die Zahl der Beschäftigten innerhalb einer festgelegten Berichtswoche (üblicherweise im April eines jeden Jahres) ermittelt. Zudem bestehen beim Mikrozensus bei der Gruppe geringfügig Beschäftigter nach wie vor Erfassungsprobleme,¹¹ wodurch es wahrscheinlich zu einer systematischen Untererfassung gerade solcher teilweise schattenwirtschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse kommt.

Nach dem seit 1993 gültigen Zuordnungsschema des MZ für Wirtschaftszweige sind private Haushalte eine Teilgruppe des Bereichs „Öffentliche und private Dienstleistungen“. Auf sie entfielen mit 141 000 Beschäftigten im Jahre 1999 lediglich 1,8 % aller Erwerbstätigen im Bereich öffentlicher und privater Dienstleistungen (Tabelle 2). Dabei handelt es sich um Beschäftigte in der Haupttätigkeit, unabhängig davon, ob sie eine sozialversicherungsfreie Beschäftigung ausübten oder nicht. Fast ausnahmslos handelt es sich bei den Erwerbstätigen in privaten Haushalten um Frauen (94 % aller Beschäftigten).

... in der ISG-Studie

Vergleicht man die Daten des MZ zum Umfang der Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten mit den Daten einer vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erstmals im Jahre 1987 durchgeführten Studie¹², so werden die Zweifel an der vom Mikrozensus ausgewiesenen Zahl an Beschäftigungsverhältnissen in

¹⁰ Zwar unterliegen nach der Reform der 630-Mark-Jobs vom 1. April 1999 an auch ehemals sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse der Meldepflicht in der Beschäftigtenstatistik, jedoch sind zuverlässige Ergebnisse dieser bislang in einer speziellen Datei registrierten Beschäftigungsverhältnisse erst für Mai 2001 zu erwarten.

¹¹ Vgl. hierzu Jürgen Schupp et al., Zur Erhebungsproblematik geringfügiger Beschäftigung. Ein Strukturvergleich des Mikrozensus mit dem Sozio-oekonomischen Panel und dem Europäischen Haushaltspanel. In: Paul Lüttinger (Hrsg.), Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus, Mannheim, ZUMA 1999, S. 93–118.

¹² Seit 1987 führt das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln empirische Studien zur sozialversicherungsfreien Beschäftigung in Deutschland durch. Die Befragung wurde 1992 und 1997 wiederholt und für diese Jahre auch in den neuen Bundesländern durchgeführt.

Tabelle 2
Erwerbstätige im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) in Deutschland

	April 1995				April 1999				Veränderung 1995/1999		
	Ins-gesamt	Männer	Frauen	Frauen-anteil	Ins-gesamt	Männer	Frauen	Frauen-anteil	Ins-gesamt	Männer	Frauen
	in 1000		in %		in 1000		in %		in %		
Erziehung und Unterricht	1 828	654	1 174	64,2	1 948	697	1 251	64,2	6,56	6,57	6,56
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 151	796	2 355	74,7	3 666	927	2 739	74,7	16,34	16,46	16,31
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	1 775	784	991	55,8	1 879	839	1 040	55,3	5,86	7,02	4,94
Private Haushalte	117	7	110	94,0	141	8	133	94,3	20,51	14,29	20,91
Öffentliche und private Dienstleistungen insgesamt	6 871	2 241	4 630	67,4	7 634	2 471	5 163	67,6	11,10	10,26	11,51
Alle Beschäftigten	36 048	20 939	15 109	41,9	36 403	20 659	15 744	43,2	0,98	-1,34	4,20
	Anteil in %				Anteil in %						
Erziehung und Unterricht	26,6	29,2	25,4	.	25,5	28,2	24,2	.			
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	45,9	35,5	50,9	.	48,0	37,5	53,1	.			
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	25,8	35,0	21,4	.	24,6	34,0	20,1	.			
Private Haushalte	1,7	0,3	2,4	.	1,8	0,3	2,6	.			
Öffentliche und private Dienstleistungen insgesamt	100	100	100	.	100	100	100	.			
Anteil der Beschäftigten im Bereich öffentlicher und privater Dienstleistungen an allen Beschäftigten	19,1	10,7	30,6	.	21,0	12,0	32,8	.			
Alle Beschäftigten	100	100	100	.	100	100	100	.			

Quellen: Mikrozensus, FS 1, Reihe 4.1.1.; Berechnungen des DIW.

privaten Haushalten bestätigt. Auf der Basis einer freiwilligen, nichtamtlichen Befragung ermittelte das ISG für 1997 eine siebenfach höhere Zahl an (sozialversicherungsfreien) Beschäftigten mit der Branchenangabe „private Haushalte“ (Tabelle 3). Die Analysen zeigen, dass 1997 jeder fünfte sozialversicherungsfrei Beschäftigte in einem Privathaushalt tätig war (dies entspricht rund 1,1 Mill. Personen). Die erhebliche Diskrepanz zwischen beiden Datenquellen lässt sich vermutlich dadurch erklären, dass die Grenzen zwischen legaler sozialversicherungsfreier Beschäftigung und Schwarzarbeit gerade in privaten Haushalten unscharf sind. Dies liegt daran, dass die Schwelle zur Nutzung von Schwarzarbeit durch Privathaushalte vergleichsweise niedrig ist. So ermittelte eine andere repräsentative Stichprobe privater Haushalte für das Jahr 1997, dass 24% aller Befragten schon einmal Schwarzarbeiter beschäftigt und bezahlt haben.¹³ Dies wird vielfach als Kavaliersdelikt angesehen.

Wirtschaftspolitisch interessanter als der Niveaueffekt (gegenüber dem MZ) ist die Tatsache, dass die Daten der ISG-Studie erkennen lassen, dass der Anstieg der sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten weit flacher war als im Durchschnitt der Wirtschaft. In Westdeutschland gab es von 1992 bis 1997 sogar einen leichten Rückgang, während in Ostdeutschland — von niedrigem Niveau aus — beinahe eine Verdreifachung der Zahl der in Privathaushalten Beschäftigten beobachtet werden kann.

Die sozialversicherungsfreie Tätigkeit in Privathaushalten erfolgt überwiegend als Haupttätigkeit (nur 12% aller in Privathaushalten Beschäftigten übten diese Tätigkeit als Nebentätigkeit aus; 1992 waren dies noch 27%).

... im Sozio-oekonomischen Panel

Einen methodisch alternativen Weg bei der Ermittlung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Privathaushalten beschreitet das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).¹⁴ Im Rahmen der jährlichen Befragung wurde in den Jahren 1991, 1994 sowie 1999 im Haushaltsfragebogen eine Frage zur Beschäftigung Dritter¹⁵ gestellt; Personen werden also nicht nach ihrer Erwerbstätigkeit gefragt, sondern private Haushalte nach ihrer Rolle als Arbeitgeber.

Im Frühjahr 1999 gaben 7,2% der Privathaushalte in Deutschland an, dass sie regelmäßig eine Putz- oder Haushaltshilfe beschäftigen (Tabelle 4), immerhin entspricht dies hochgerechnet mehr als 2,7 Mill. Beschäftigungsverhältnissen in Privathaushalten. Diese Zahl liegt – erwartungsgemäß – über der Zahl der Personen, die eine solche Beschäftigung ausüben, da eine Person mehrere dieser Beschäftigungsverhältnisse innehaben kann. Weitere 4% aller Haushalte gaben an, zumindest gelegentlich

¹³ Vgl. hierzu die Studie von Siegfried Lamnek et al., Tatort: Sozialstaat, Opladen 2000, S. 135.

¹⁴ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von rund 13 000 erwachsenen Personen in mehr als 7 000 Haushalten, die jährlich seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland durchgeführt wird. Vgl. hierzu auch <http://www.diw.de/soep/>

¹⁵ Dieses Erhebungsinstrument wird in der Regel vom Haushaltsvorstand beantwortet. Der Fragetext lautet: „Beschäftigen Sie in Ihrem Haushalt regelmäßig oder gelegentlich eine Putz- oder Haushaltshilfe“. Die bewusst gewählte Begrifflichkeit von Putz- oder Haushaltshilfe lässt offen, ob die Beschäftigung gegen Bezahlung erfolgte oder als unentgeltliche Hilfe durch andere Personen erbracht wurde, die außerhalb des Haushalts leben. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Frage die Beschäftigung von „Schwarzarbeitern“ für Handwerkerarbeiten.

Tabelle 3

Sozialversicherungsfreie Beschäftigung¹⁾

	Westdeutschland			Ostdeutschland		Deutschland insgesamt	
	1987	1992	1997	1992	1997	1992	1997
	in 1 000						
Sozialversicherungsfrei Beschäftigte	2 823	3 833	4 910	620	723	4 453	5 633
in Haupttätigkeit	2 284	2 616	3 615	363	596	2 979	4 211
in Nebentätigkeit	539	1 217	1 295	257	127	1 474	1 422
Sozialversicherungsfrei Beschäftigte in Privathaushalten	667	988	960	58	155	1 046	1 115
in Haupttätigkeit	570	732	884	29	95	761	979
in Nebentätigkeit	97	256	76	29	60	285	136
Anteil der in Privathaushalten geringfügig Beschäftigten an allen sozialversicherungsfrei Beschäftigten	23,6	25,8	19,6	9,4	21,4	23,5	19,8

¹⁾ Alle Formen legaler und illegaler Beschäftigung ohne Entrichtung von Sozialbeiträgen.
Quellen: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG); Berechnungen des DIW.

gentlich eine Beschäftigung von Haushaltshilfen in Anspruch zu nehmen, so dass zusammengekommen mehr als 4 Mill. Privathaushalte regelmäßig oder zumindest gelegentlich als Arbeitgeber¹⁶ auftreten.

Von 1991 bis 1994 stieg der Anteil der Haushalte mit regelmäßiger Beschäftigung von Putz- und Haushaltshilfen von 6,1 % auf 7,3 % (dies entspricht einer Erhöhung um rund 500 000 Haushalte); danach verharrte die Zahl der Haushalte mit Putz- und Haushaltshilfen etwa auf diesem Niveau. Dabei sank der Anteil der regelmäßig Hilfen beschäftigenden Haushalte geringfügig, während der Anteil der gelegentlich Hilfen beschäftigenden Haushalte leicht stieg.

Bestimmungsfaktoren der Nachfrage nach Haushaltshilfen

Inwieweit sich in dieser Stagnation bereits mentalitätsbedingt eine „kulturelle Grenze“ der Expansionsmöglichkeiten einfacher und persönlicher Dienstleistungen zeigt, wie dies vielfach für die Bundesrepublik behauptet wird,¹⁷ muss offen bleiben. Denn die Inanspruchnahme solcher Dienstleistungen ist von einer Reihe spezifischer Haushaltsmerkmale abhängig, so dass künftig auch demographisch bedingte Strukturverschiebungen zu einem Anstieg der Nachfrage führen können. Das SOEP zeigt, dass in hohem Maße in Haushalten, die nicht (mehr) am Erwerbsleben teilnehmen, Putz- und Haushaltshilfen beschäftigt werden.¹⁸ Etwa 30 % der allein stehenden Rentnerinnen und Rentner beschäftigen eine Haushaltshilfe. Die Nachfrage nach Haushaltshilfen bleibt somit nicht auf die Erwerbsbevölkerung beschränkt.

Die Alterung der Bevölkerung, aber auch die zunehmende Zahl von Ein-Personen-Haushalten lassen in den nächsten Jahren eine wachsende Nachfrage privater Haushalte nach personenbezogenen Dienstleistungen erwarten. Auch die tendenziell weiter steigende Erwerbsorientierung von Frauen,¹⁹ vor allem in Paar-Haushalten, könnte zu einer Ausweitung der Nachfrage nach haushaltsbezogenen Dienstleistungen führen.

Die Nachfrage nach Haushaltshilfen hängt jedoch auch von den finanziellen Möglichkeiten der Haushalte selbst ab. Die SOEP-Ergebnisse belegen den starken Zusammenhang zwischen der Beschäftigung von Putz- und Haushaltshilfen und der Höhe des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens (Tabellen 4 und 5). Im Jahre 1999 werden erst bei monatlichen Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen²⁰ von mehr als 3 500 DM deutlich²¹ häufiger als in den unteren Einkommensgruppen Putz- und Haushaltshilfen beschäftigt. Von Haushalten mit einem monatlichen Einkommen von 5 000 DM und mehr beschäftigen mehr als 30 % regelmäßig eine Haushaltshilfe.

Wirtschaftspolitische Bewertung

Die zum Teil drastisch divergierenden Ergebnisse der verschiedenen Studien zeigen zweierlei: Es gibt erstens einen anhaltend hohen Bedarf privater Haushalte an einer Beschäftigung von Haushaltshilfen. Es ist zweitens bislang nicht gelungen, dieses Beschäftigungspotential in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu überführen.

Vergleicht man die seit 1997 geltende Praxis zur Förderung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen durch die Gewährung von Steuervorteilen mit der Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen in Privathaushalten, so zeigt sich, dass das Förderziel gescheitert ist. In ähnlicher Weise bewertete dies die Bundesregierung²² vor zwei Jahren in einer Fragestunde des Bundestages. Auch der Bundesrechnungshof hat in seinem Bericht für das Jahr 1999 die Bundesregierung angemahnt, das Haushaltsscheck-Verfahren wieder aufzuheben.²³

Wie drei Modellrechnungen zeigen, werden bei mittleren Einkommen des als Arbeitgeber fungierenden Privathaushalts die Sozialversicherungsabgaben etwa durch die Steuerentlastung kompensiert (Tabelle 6). Als Berechnungsgrundlage werden die anfallenden Kosten auf Stundenlohnbasis umgerechnet.

Bei einem Steuersatz von 40 % sind die Arbeitskosten pro Stunde trotz der 43-prozentigen Erhöhung um die kompletten Sozialversicherungsabgaben nach Steuererspar-

¹⁶ Ein gewisser Anteil davon erfolgt offensichtlich auch durch Beschäftigte, die anderen Wirtschaftszweigen statistisch zugeordnet werden, z. B. im Rahmen von ambulanten Pflegedienstleistungen, die durch private oder öffentliche Einrichtungen am Arbeitsort „Privathaushalt“ erbracht werden. Vor diesem Hintergrund dürfte die SOEP-Schätzung eine Obergrenze für die empirische Ermittlung des Beitrages der Privathaushalte zur Beschäftigungsintensität regelmäßiger einfacher persönlicher Dienstleistungen darstellen, wenngleich der Bereich handwerklicher Schwarzarbeit in Privathaushalten in diesen Zahlen nicht enthalten ist.

¹⁷ Vgl. hierzu z. B. Claudia Weinkopf, Von der Dienstleistungslücke zu neuen intelligenten Angebotsformen? In: Claus Schäfer (Hrsg.), Geringe Löhne – mehr Beschäftigung? Hamburg 2000, S. 267–292.

¹⁸ Karsten Hank, The Employment of Domestic Help and Women's Labor Force Participation in Western Germany. In: Schmollers Jahrbuch, Bd. 1/2001 (in Druck).

¹⁹ Vgl. hierzu: Stille Reserve wichtig für die Arbeitsmarktflexibilität in Deutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/2000, S. 457–465.

²⁰ Die Pro-Kopf-Rechnung erfolgte mit Hilfe von „Äquivalenzgewichten“, die unterstellen, dass mit steigender Haushaltsgröße der Einkommensbedarf nicht proportional wächst.

²¹ 12,2 % der Haushalte in der Einkommensgruppe von 3 500 bis 4 000 DM/Monat beschäftigen regelmäßig eine Haushaltshilfe.

²² „Der [...] Haushaltsscheck hat sich [...] nicht bewährt, nicht den erwarteten Nutzen gehabt und nicht zu dem angestrebten Beschäftigungszuwachs geführt“. Bundestagsprotokoll 14/29 vom 24. März 1999.

²³ Vgl. hierzu:

http://www.bundesrechnungshof.de/bem1999/bem_31.html

Tabelle 4

Beschäftigung von Haushaltshilfen¹⁾ nach der Höhe des Haushaltseinkommens
Deutschland insgesamt

Monatliches Haushaltsnetto- äquivalenzeinkommen ²⁾ in DM	1991					1994					1999				
	Beschäftigung von Haushaltshilfen				Struktur der Haus- halte insg.	Beschäftigung von Haushaltshilfen				Struktur der Haus- halte insg.	Beschäftigung von Haushaltshilfen				Struktur der Haus- halte insg.
	Ja	davon:		Nein		Ja	davon:		Nein		Ja	davon:		Nein	
		regel- mäßig	gelegent- lich				regel- mäßig	gelegent- lich				regel- mäßig	gelegent- lich		
	in %														
unter 1 000	5,7	2,7	3,0	94,3	12,7	6,1	2,7	3,4	93,9	5,3	14,1	4,2	9,9	85,9	3,3
1 000 bis unter 1 500	5,5	3,4	2,1	94,5	20,6	5,3	3,7	1,6	94,7	15,0	4,4	1,7	2,7	95,6	10,2
1 500 bis unter 2 000	4,8	2,3	2,5	95,2	21,2	7,5	4,3	3,2	92,5	20,7	5,9	2,8	3,1	94,1	15,5
2 000 bis unter 2 500	7,7	4,3	3,4	92,3	15,4	5,3	3,4	1,9	94,7	19,2	7,1	3,3	3,8	92,9	21,5
2 500 bis unter 3 000	13,3	6,3	7,0	86,7	9,8	10,3	6,0	4,3	89,7	13,1	7,6	4,6	3,0	92,4	14,2
3 000 bis unter 3 500	13,9	8,0	5,9	86,1	6,1	10,8	5,5	5,3	89,2	7,5	8,3	5,7	2,6	91,7	9,6
3 500 bis unter 4 000	23,5	16,4	7,1	76,5	3,2	20,2	10,9	9,3	79,8	4,5	17,1	12,2	4,9	82,9	6,2
4 000 bis unter 5 000	26,8	17,3	9,5	73,2	3,3	27,2	22,7	4,5	72,8	5,5	32,7	21,2	11,5	67,3	7,0
5 000 und mehr	57,9	42,7	15,2	42,1	1,8	48,1	37,7	10,4	51,9	3,2	39,1	32,1	7,0	60,9	4,4
ohne Einkommens- angabe	25,2	16,3	8,9	74,8	5,9	22,6	15,7	6,9	77,4	6,0	15,4	11,2	4,2	84,6	8,1
Haushalte insgesamt	10,4	6,1	4,3	89,6	100,0	11,2	7,3	3,9	88,8	100,0	11,5	7,2	4,3	88,5	100,0
	in 1 000														
Haushalte insgesamt	3 667	2 151	1 516	31 588	35 255	4 110	2 679	1 431	32 585	36 695	4 388	2 747	1 641	33 768	38 156
1) Frage: „Beschäftigen Sie in Ihrem Haushalt regelmäßig oder gelegentlich eine Putz- oder Haushaltshilfe?“ — 2) Gemäß OECD-Verfahren errechnet als Äquivalenzeinkommen = Haushaltsnetto- einkommen/Haushaltsgröße ^{0,5} . Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.															

Tabelle 5

Beschäftigung von Haushaltshilfen¹⁾ nach der Höhe des Haushaltseinkommens
Westdeutschland

Monatliches Haushaltsnetto- äquivalenzeinkommen ²⁾ in DM	1991					1994					1999				
	Beschäftigung von Haushaltshilfen				Struktur der Haus- halte insg.	Beschäftigung von Haushaltshilfen				Struktur der Haus- halte insg.	Beschäftigung von Haushaltshilfen				Struktur der Haus- halte insg.
	Ja	davon:		Nein		Ja	davon:		Nein		Ja	davon:		Nein	
		regel- mäßig	gelegent- lich				regel- mäßig	gelegent- lich				regel- mäßig	gelegent- lich		
	in %														
unter 1 000	4,1	1,4	2,7	95,9	6,2	5,8	1,7	4,1	94,2	4,6	18,6	5,4	13,2	81,4	3,0
1 000 bis unter 1 500	7,7	4,9	2,8	92,3	15,7	6,4	4,4	2,0	93,6	13,1	5,7	2,2	3,5	94,3	9,4
1 500 bis unter 2 000	5,2	2,5	2,7	94,8	23,3	9,4	5,5	3,9	90,6	18,4	7,5	3,7	3,8	92,5	13,8
2 000 bis unter 2 500	8,0	4,5	3,5	92,0	18,3	6,3	3,9	2,4	93,7	19,1	8,2	3,4	4,8	91,8	20,4
2 500 bis unter 3 000	13,5	6,3	7,2	86,5	12	11,7	6,8	4,9	88,3	14,1	9,1	5,7	3,4	90,9	14,2
3 000 bis unter 3 500	13,9	8,0	5,9	86,1	7,3	11,7	6,1	5,6	88,3	8,4	9,1	6,2	2,9	90,9	10,3
3 500 bis unter 4 000	23,8	16,6	7,2	76,2	3,9	21,1	11,3	9,8	78,9	5,3	17,7	12,5	5,2	82,3	7,0
4 000 bis unter 5 000	26,3	16,7	9,6	73,7	4,1	28,1	23,5	4,6	71,9	6,6	33,1	21,1	12,0	66,9	7,9
5 000 und mehr	57,9	42,7	15,2	42,1	2,3	48,9	38,2	10,7	51,1	3,8	39,4	33,3	6,1	60,6	5,1
ohne Einkommens- angabe	26,0	16,6	9,4	74,0	6,9	24,0	16,9	7,1	76,0	6,6	16,9	12,7	4,2	83,1	8,9
Haushalte insgesamt	11,9	7,1	4,8	88,1	100	13,1	8,6	4,5	86,9	100	13,4	8,4	5,0	86,6	100
	in 1 000														
Haushalte insgesamt	3 401	2 029	1 372	25 182	28 583	3 918	2 572	1 346	25 989	29 907	4 162	2 609	1 553	26 895	31 057

¹⁾ Frage: „Beschäftigen Sie in Ihrem Haushalt regelmäßig oder gelegentlich eine Putz- oder Haushaltshilfe?“ — ²⁾ Gemäß OECD-Verfahren errechnet als Äquivalenzeinkommen = Haushaltsnettoeinkommen/Haushaltsgröße^{0,5}.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.

Tabelle 6

**Arbeitskosten vor und nach Steuern bei Beschäftigung nach dem Haushaltsscheck-Verfahren
in DM**

	Modell A			Modell B			Modell C		
	Typ I	Typ II	Typ III	Typ I	Typ II	Typ III	Typ I	Typ II	Typ III
Ausgezahlter Stundenlohn	15,00	19,00	19,00	15,00	19,00	19,00	15,00	19,00	19,00
Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	3,0	8,0	18,5	3,0	8,0	18,5	3,0	8,0	18,5
Monatliche Lohnkosten	189,00	638,40	1 476,30	189,00	638,40	1 476,30	189,00	638,40	1 476,30
Jährliche Lohnkosten	2 268,00	7 660,80	17 715,60	2 268,00	7 660,80	17 715,60	2 268,00	7 660,80	17 715,60
Sozialversicherungs- beiträge (43 %)	975,24	3 294,14	7 617,71	975,24	3 294,14	7 617,71	975,24	3 294,14	7 617,71
Jährliche Lohnkosten insgesamt	3 243,24	10 954,94	25 333,31	3 243,24	10 954,94	25 333,31	3 243,24	10 954,94	25 333,31
Lohnkosten pro Stunde	21,45	27,17	27,17	21,45	27,17	27,17	21,45	27,17	27,17
Lohnkosten/Std. nach Steuerersparnis	11,63	15,70	18,33	14,08	18,57	20,54	16,54	21,44	22,75
Differenz Arbeitskosten/Std. nach Steuerersparnis zu ausgezahltem Stundenlohn (in %)	22,5	17,3	3,5	6,1	2,3	-8,1	-10,3	-12,8	-19,7
Steuerersparnis bei einem Steuersatz von ...	Modell A 40 %			Modell B 30 %			Modell C 20 %		
Einkommensteuer	1 297,30	4 381,98	7 200,00	972,97	3 286,48	5 400,00	648,65	2 190,99	3 600,00
Solidaritätszuschlag (5,5%) ¹⁾	71,35	241,01	396,00	53,51	180,76	297,00	35,68	120,50	198,00
Kirchensteuer (9 %) ¹⁾	116,76	-	648,00	87,57	-	486,00	58,38	-	324,00
Steuerersparnis pro Jahr in DM	1 485,40	4 622,99	8 244,00	1 114,05	3 467,24	6 183,00	742,70	2 311,49	4 122,00
nachrichtlich: Differenz von Sozialversicherungs- beiträgen zu Steuerersparnis	-510,16	-1 328,84	-626,29	-138,81	-173,10	1 434,71	232,54	982,65	3 495,71

¹⁾ Jeweils in % der Einkommensteuer.

Quelle: Berechnungen des DIW.

nis um 22,5 % *niedriger* als die ausgezahlten Löhne (bei einem Steuersatz von 30 % liegen sie um 6 % niedriger). Selbst bei Beschäftigung einer Haushaltshilfe als Halbtagskraft (18,5 Stunden pro Woche) und monatlichen Kosten knapp unter der Höchstgrenze von DM 1 500 *überwiegen* bei einem Steuersatz von 40 % die Steuerersparnisse.

Beträgt der Steuersatz hingegen etwa 30 %, liegen die Arbeitgeberkosten bei gleichem Arbeitsverhältnis um 8 % über dem ausgezahlten Lohn. Bei einem privaten Arbeitgeber, dessen Steuersatz lediglich bei 20 % liegt, wären die Arbeitskosten immerhin um 20 % höher.

Bei Beziehern mittlerer und niedrigerer Einkommen (wozu auch Alleinerziehende, kinderreiche Familien sowie Rentnerhaushalte zählen) führt das bestehende System zu hohen Zusatzbelastungen, weil die Belastungen mit 43 % an Sozialversicherungsabgaben gegenüber der Steuerersparnis überwiegen. Ein Großteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auf Basis des Haushaltsscheck-Verfahrens dürfte daher in Privathaushalten anzutreffen sein, die die Vorteile der steuerlichen Absetzbarkeit mitnehmen.²⁴ Vermutlich würden diese einkommensstarken Haushalte auch ohne diese Steuervergünstigungen Haushaltshilfen beschäftigen.

Zu berücksichtigen ist freilich auch, dass im Falle eines legalen Beschäftigungsverhältnisses der Lohnempfänger steuerpflichtig wird. Die Steuerschuld fällt in den Fällen, in denen der Hauptverdiener sich für die günstige Steuerklasse III entschieden hat, besonders hoch aus, da der Zweitverdiener in der Klasse V keinen Grundfreibetrag mehr in Anspruch nehmen kann und der Splittingvorteil entfällt. Auch wenn die Kombination der Steuerklassen III/V insgesamt zu einer geringeren Steuerschuld führt als die der Steuerklassen IV/IV, wird die Steuerschuld der Steuerklasse V subjektiv häufig als abschreckend hoch empfunden. Dabei wird aber oft übersehen, dass der Steuerabzug vorläufig ist und bei der endgültigen Steuerveranlagung alle Einkommen in Ehepaar-Haushalten gleichmäßig besteuert werden.

Bei einem Monatsverdienst von 1 500 DM fällt in den Steuerklassen I bis IV nach dem geltenden Steuertarif keine Lohnsteuer an, jedoch verringert sich in der Steuerklasse V (verheiratet mit Ehegatten in der Steuerklasse III) der Nettostundenlohn des Beschäftigten von 19 DM auf 15 bis 16 DM/Stunde je nach Modelltyp (Tabelle 7). Der

²⁴ Vgl. Bundestagsprotokoll 14/29, a.a.O.

Anreiz zur Schwarzarbeit (bei Akzeptanz vergleichsweise niedriger Stundenlöhne) ist deshalb vor allem beim Arbeitnehmer sehr hoch. Bei einer zweiten Lohnsteuerkarte (Steuerklasse VI) liegen die Differenzen zwischen Brutto- und Nettostundenlöhnen noch höher.

Im Zuge der Änderungen der Steuerreform werden 2003 und 2005 sowohl durch die Senkungen des Eingangssteuersatzes als auch durch die Erhöhung des Grundfreibetrages vor allem die Bezieher niedriger Einkommen entlastet. So verringern sich auch die Grenzbelastungen der nach dem Haushaltsscheck-Verfahren entlohnten Beschäftigten zwar erkennbar, die ausgezahlten

Stundenlöhne bleiben gleichwohl auch im Jahre 2001 um bis zu 20 % unter den Bruttolöhnen (Tabelle 7). Die Begründung eines offiziellen Arbeitsverhältnisses mit Lohnsteuerklasse V oder VI ist deshalb aus der Sicht des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin auch weiterhin wenig attraktiv.

Steuersystematisch gibt es wenig Möglichkeiten, hier Abhilfe zu schaffen, solange das Ehegattensplitting in der heutigen Form aufrechterhalten bleibt.²⁵ Denn dann ist

²⁵ Siehe z. B.: Ehegattensplitting nicht mehr zeitgemäß. Bearb.: Bernhard Seidel, Dieter Teichmann und Sabine Thiede. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/99, S. 713–723.

Tabelle 7

Brutto- und Nettoentlohnung von Beschäftigten vor und nach Steuer¹⁾
nach Haushaltsscheck-Verfahren

	Typ I	Typ II	Typ III	Typ I	Typ II	Typ III	Typ I	Typ II	Typ III
	Steuertarif 1999			Steuertarif 2000			Steuertarif 2001		
Stundenlohn brutto, in DM	15,00	19,00	19,00	15,00	19,00	19,00	15,00	19,00	19,00
Wöchentliche Arbeitszeit, in Stunden	3,0	8,0	18,5	3,0	8,0	18,5	3,0	8,0	18,5
Monatslohn brutto, DM	189	638	1 476	189	638	1 476	189	638	1 476
<i>Steuerklassen I bis IV</i>									
Lohnsteuer, in DM	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag (5,5%) ¹⁾ , in DM	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kirchensteuer (9 %) ¹⁾ , in DM	0,00	-	0,00	0,00	-	0,00	0,00	-	0,00
ausgezahlter Monatslohn in DM	189,00	638,40	1 476,30	189,00	638,40	1 476,30	189,00	638,40	1 476,30
Stundenlohn netto, in DM	15,00	19,00	19,00	15,00	19,00	19,00	15,00	19,00	19,00
Differenz Bruttostundenlohn zu ausgezahltem Stundenlohn, in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>Steuerklasse V</i>									
Lohnsteuer, in DM	4,25	111,83	311,83	4,08	107,16	298,83	4,00	92,66	260,08
Solidaritätszuschlag (5,5%) ¹⁾ , in DM	0,00	0,00	17,15	0,00	0,00	16,44	0,00	0,00	14,30
Kirchensteuer (9 %) ¹⁾ , in DM	0,38	-	28,06	0,37	-	26,89	0,36	-	23,41
ausgezahlter Monatslohn, in DM	184,37	526,17	1 118,95	184,56	530,84	1 133,84	184,64	545,34	1 178,21
Stundenlohn netto, in DM	14,63	15,66	14,40	14,65	15,80	14,59	14,65	16,23	15,16
Differenz Bruttostundenlohn zu ausgezahltem Stundenlohn, in %	2,5	17,6	24,2	2,4	16,8	23,2	2,3	14,6	20,2
<i>Steuerklasse VI</i>									
Lohnsteuer, in DM	44,00	151,58	388,83	42,25	145,25	350,58	37,08	125,75	300,25
Solidaritätszuschlag (5,5%) ¹⁾ , in DM	0,00	0,00	21,39	0,00	0,00	19,28	0,00	0,00	16,51
Kirchensteuer (9 %) ¹⁾ , in DM	3,96	-	34,99	3,80	-	31,55	3,34	-	27,02
ausgezahlter Monatslohn, in DM	141,04	486,42	1 030,79	142,95	492,75	1 074,59	148,58	512,25	1 132,21
Stundenlohn netto, in DM	11,19	14,48	13,27	11,35	14,67	13,83	11,79	15,25	14,57
Differenz Bruttostundenlohn zu ausgezahltem Stundenlohn, in %	25,4	23,8	30,2	24,4	22,8	27,2	21,4	19,8	23,3

¹⁾ Jeweils in % der Einkommensteuer.

Quelle: Berechnungen des DIW.

zumindest für Mehrpersonen-Haushalte mit Alleinverdienern die Steuerklasse III erforderlich, in der der doppelte Grundfreibetrag für Ehepaare und der Splittingeffekt berücksichtigt sind. Würde man für Doppelverdiener-Haushalte die Kombination von Steuerklasse III mit Steuerklasse V nicht mehr zulassen, sondern für beide Verdienere die Klasse IV vorschreiben, würde der beklagte Effekt einer kräftigen Besteuerung des Zusatzverdienstes zwar beseitigt. Demgegenüber würde aber gerade bei geringfügig Beschäftigten in Privathaushalten der Anreiz verstärkt, schwarz zu arbeiten. Denn der Wechsel des Hauptverdieners in die ungünstigere Steuerklasse IV würde zu Nettoeinkommenseinbußen führen, die durch die mildere Besteuerung des Zusatzverdienstes bei weitem nicht kompensiert werden könnten. Von einer Legalisierung dieser Arbeitsverhältnisse wäre man dann weiter entfernt denn je.

Eine größere Transparenz über die Wirkungen des Lohnsteuerjahresausgleichs oder der Einkommensteuererklärung könnte negativen Arbeitsanreizen, die in der ausschließlichen Fixierung des Blicks auf die Steuerklasse V begründet sind, entgegenwirken. Vor allem wäre deutlich zu machen, dass ein Einkommensbezieher mit Steuerklasse III im Vergleich zur Steuerklasse IV keine geringeren Steuerabzüge hat, u. a. weil ihm der Grundfreibetrag des Ehepartners zugute kommt. Dieser Vorteil sollte explizit in der Lohnabrechnung ausgewiesen werden, genauso wie der Nachteil der Steuerklasse V gegenüber einer alternativ möglichen Versteuerung gemäß Klasse IV. Die „realen“ Grenzbelastungen einer individuellen Erwerbsentscheidung in der Steuereinheit Haushalt könnten auf diese Weise besser sichtbar werden.

Fazit

In Deutschland gibt es 2,7 Mill. private Haushalte, die regelmäßig eine Putz- oder Haushaltshilfe beschäftigen; allerdings sind dort nur 38 000 Erwerbstätige uneingeschränkt sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Es dominiert nach wie vor die sozialversicherungsfreie Beschäftigung, insbesondere die Honorartätigkeit und die Schwarzarbeit, nicht zuletzt weil der Lohnsteuerabzug für Zusatzverdienste hoch ist. Die Aufklärung über die wahre

Steuerlast, die sich im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs oder der Steuerveranlagung ergibt, könnte die negativen Anreize etwas vermindern.

Grundsätzlich ist zu erwarten, dass sowohl aufgrund der Alterung der Bevölkerung als auch der steigenden Frauenerwerbstätigkeit mehr Haushalte sowohl private Putz- und Haushaltshilfen als auch Pflegedienste nachfragen werden.²⁶ Gleichwohl sollten — im Hinblick auf einen Abbau der immer noch hohen Arbeitslosigkeit — keine allzu hohen Hoffnungen auf eine stärkere Beschäftigung in Privathaushalten gesetzt werden. In der Regel entspricht das Arbeitsvolumen und das Einkommen, das in Privathaushalten erzielt werden kann, nicht den Wünschen von Arbeitslosen.²⁷

Die Ausdifferenzierung von professionellen Dienstleistungsangeboten steht einer nachhaltigen Ausweitung der Beschäftigung in Privathaushalten grundsätzlich entgegen. Viele Dienste, die noch zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts von fest angestellten Haushaltshilfen durchgeführt wurden — wie Waschen, Gartenarbeiten, Reparaturen und Kochen —, werden heute mithilfe von Maschinen erledigt oder nach Bedarf eingekauft. Der Kauf von einzelnen Diensten wird im Prinzip regulär besteuert, während die Steuerbegünstigung für fest angestellte Haushaltshilfen steuersystematisch und verteilungspolitisch fragwürdig ist. Die mäßige Inanspruchnahme des „Haushaltsschecks“ zeigt, dass auch von einer Ausweitung des „Dienstmädchenprivilegs“ keine nachhaltigen Beschäftigungswirkungen zu erwarten sind. Die wenigen einkommensstarken Haushalte mit fest angestelltem Hauspersonal dürften dies auch ohne steuerliche Begünstigung tun. Deshalb sollte die Abschaffung des „Dienstmädchenprivilegs“ ins Auge gefasst werden.

²⁶ Vgl. auch: Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten. Bearb.: Erika Schulz, Reiner Leidl und Hans-Helmut König. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 5/2001, S. 65–77.

²⁷ Auch die Hoffnungen, dass Dienstleistungspools eine bessere Perspektive zum Ausbau haushaltsbezogener Dienste bieten könnten als private Haushalte als Arbeitgeber, müssen aufgrund der bisher vorliegenden Erfahrungen eher skeptisch beurteilt werden. Vgl. hierzu Susanne Bittner und Claudia Weinkopf, Dienstleistungspools am Scheideweg. WSI-Mitteilungen, Jg. 53, Heft 4/2000, S. 256–264.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010** — Ergebnisse quantitativer Szenarien. Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU -Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dieter Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Göttingen), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50,—.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50,—.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszo, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.445,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunal финанzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / sFr 131,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.

— Einem Teil der Auflage ist ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot beigelegt —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch),

Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,

Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Berliner Konjunktur bleibt schwach

Bearbeitet von Karl Brenke

Private Haushalte als Arbeitgeber bleiben beschäftigungspolitisch von geringer Bedeutung — „Hausmädchenprivileg“ überflüssig

Bearbeitet von Jürgen Schupp

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304